



Presseinformation

Nr. 26.110

20.03.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 16 – Schulgeldfreiheit und Finanzierungssystematik in den Gesundheitsfachberufen zukunftsfest gestalten

Dazu sagt die Abgeordnete der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,
- in Vertretung für den gesundheitspolitischen Sprecher Jasper Balke -

Eka von Kalben:

Wir werden den Fachkräftemangel nicht lösen, wenn wir die Therapieberufe nicht endlich aufwerten

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer in Schleswig-Holstein Physiotherapeut*in, Ergotherapeut*in, Logopäd*in oder Podolog*in werden will, tut das nicht für das Gehalt, sondern aus Überzeugung. Aus dem Wunsch heraus, Menschen in ihrem Alltag zurück in Bewegung, in Sprache, in Selbstständigkeit zu bringen. Diese Menschen verdienen Ausbildungsbedingungen, die diesem Anspruch gerecht werden. Deshalb war es richtig, dass Schleswig-Holstein bei der Schulgeldfreiheit vorangegangen ist – als eines der ersten Länder.

Die Förderrichtlinie, die Schulgeld für Auszubildende in der Physiotherapie, Ergotherapie, Logopädie, Podologie sowie bei Masseur*innen und medizinischen Bademeister*innen abschafft, war ein entscheidender Schritt.

Und deshalb arbeiten wir als Koalition daran, diese Richtlinie weiterzuentwickeln – mit einem verlässlichen Kohortenschutz, damit niemand, der eine Ausbildung beginnt, mittendrin vor finanziellen Hürden steht.

Aber – und das sage ich mit Nachdruck – eine Landesförderrichtlinie kann nicht dauerhaft ersetzen, was der Bund seit Jahren schuldig bleibt.

Meine Damen und Herren, das Logopäd*innengesetz stammt aus dem Jahr 1980, das Podolog*innengesetz von 2001. Wir reden über Berufsgesetze, die älter sind als die meisten Auszubildenden, die heute ihre Ausbildung beginnen. Und wir reden über einen Reformprozess, der nun zum dritten Mal in Folge in einem Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht. Zum dritten Mal.

Angekündigt wurde die Reform der Berufsgesetze für Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie bereits in der Großen Koalition, dann in der Ampel, und nun heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag von CDU und SPD – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin: Man wolle die Berufsgesetze „zügig und zukunftsfest“ reformieren. Ich sage: Zügig wäre vor zehn Jahren gewesen. Jetzt ist es überfällig.

Was brauchen wir vom Bund? Erstens: Eigene, moderne Berufsgesetze für jeden Therapieberuf – nicht ein Einheitsgesetz, sondern differenzierte Regelungen, die den Besonderheiten von Ergotherapie, Logopädie, Physiotherapie und Podologie gerecht werden. Zweitens: Eine bundeseinheitliche Schulgeldfreiheit mit einer angemessenen Ausbildungsvergütung. Und drittens: Eine verlässliche Refinanzierung der praktischen Ausbildung – insbesondere im ambulanten Bereich, wo sie heute noch völlig unzureichend geregelt ist.

Solange der Bund nicht liefert, werden wir als Land weiter in Vorleistung gehen. Aber es ist nicht hinnehmbar, dass die Länder dauerhaft eine Lücke füllen müssen, die der Bundesgesetzgeber hinterlässt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Wir reden viel über Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. Wir reden über überlastete Hausärzt*innenpraxen und über eine alternde Gesellschaft, die immer mehr therapeutische Versorgung braucht. Aber wir werden diesen Fachkräftemangel nicht lösen, wenn wir die Therapieberufe nicht endlich aufwerten – finanziell, strukturell und in der gesellschaftlichen Anerkennung.

Ergotherapeut*innen, Logopäd*innen, Physiotherapeut*innen und Podolog*innen sind keine Zuarbeiter der Medizin. Sie sind eigenständige Fachkräfte, die jeden Tag einen unverzichtbaren Beitrag zur Gesundheitsversorgung in diesem Land leisten.

Es wird Zeit, dass sich das auch in ihren Ausbildungsbedingungen, in ihren Berufsgesetzen, in einer Ausweitung ihrer praktischen Befugnisse und in ihrer Vergütung widerspiegelt. Schleswig-Holstein geht voran. Der Bund muss endlich nachziehen.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de